

A-12 Prüfantrag: Unsere Verbandsstrukturen zukunftssicher machen

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 05.07.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Der Bundesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Landesvorständen, und den
2 entsprechenden Bundesteams, zu prüfen, wie die GRÜNE JUGEND als Verband
3 strukturell queerfeministischer, inklusiver, antirassistischer und
4 antidiskriminierender gestaltet werden kann. Ziel ist es, im kommenden Jahr ein
Struktur:Update anzustoßen, das sich mit unserer Verbandskultur, Formaten für
Debatten, allgemeinen Strukturen und Strukturförderung in der GRÜNEN
JUGEND beschäftigt. Insbesondere die Perspektiven von marginalisierten Gruppen
sowie strukturschwachen Landesverbänden müssen dabei mitgedacht werden.

5 **Für diesen Prozess schlagen wir zwei konkrete Punkte vor, die bis zum
Bundeskongress 2025 umgesetzt werden sollen:**

6 1. Der Bundesvorstand bringt auf dem Bundeskongress 2025 einen Antrag ein, der
7 darlegt, wie der Struktur:Update Prozess im nächsten Jahr unter breiter
8 Beteiligung des ganzen Verbandes gestaltet werden kann. Der Bundesvorstand
9 übernimmt die Verantwortung für den Prozess im nächsten Jahr und macht im
Antrag transparent, wie unterschiedliche Ebenen des Verbandes, von den
Landesvorständen bis zur Basis, optimal in Entscheidungsprozesse und
Ideenfindungen mit einbezogen werden können.

10 2. Als Impuls für diesen Antrag reichen die Landesvorstände bis zwei Wochen vor
11 der Antragsfrist einen Bericht ein, der wichtige Punkte, die im
12 Struktur:Update geprüft werden sollten, auflistet und kurz erläutert. Aus dem
13 Bericht muss klar hervorgehen, welche Landesvorstände wie für den
14 Bericht mit einbezogen wurden. Diese Berichte der Landesvorstände werden direkt
nach Antragschluss, also deutlich vor dem Ende der Frist für
Änderungsanträge, veröffentlicht. Aus dem Antrag des Bundesvorstandes muss
hervorgehen, aus welchen Berichten bzw. von welchen Landesverbänden
Vorschläge übernommen wurden oder Grundlage für andere Ideen waren.

15 Folgende Aspekte sollen auf jeden Fall im Prozess berücksichtigt und geprüft
werden:

16 **Einbindung marginalisierter Gruppen:** Wie können FLINTA*, migrantisierte Personen,
17 Menschen mit Behinderung, Juden*Jüdinnen, Menschen mit prekärem
sozioökonomischem Hintergrund und queere Personen systematisch in
Entscheidungsstrukturen eingebunden und gestärkt werden?

18 **Partizipation und Barrierefreiheit:** Welche strukturellen, organisatorischen und
19 technischen Voraussetzungen braucht es, um die Teilhabe aller
20 Mitglieder zu ermöglichen – etwa durch hybride Formate, finanzielle
Zugänglichkeit, barrierearme Veranstaltungen und niedrigschwellige
Beteiligungsangebote?

21 **Verantwortungs- und Machtverteilung:** Welche institutionellen Veränderungen – wie
22 z. B. institutionalisierte, regelmäßige Austauschmöglichkeiten der
23 Sprecher*innen bzw. Politischen Geschäftsführungen – ermöglichen eine gerechtere
24 Verteilung von Verantwortung und Macht im Verband und stellen sicher,
dass diskriminierungssensible Perspektiven verbindlich berücksichtigt werden?
Hier soll auch besonders die strukturelle Förderung von FLINTA*-Personen
auf allen Ebenen geprüft werden, ein Vorschlag ist die Errichtung eines
FLINTA*-Rats.

25 **Debattenkultur & Austausch:** Wie kann eine Debattenkultur etabliert werden, die
26 auf Empowerment, Respekt und dem Abbau von Dominanzverhalten basiert?
27 Wie sichern wir die basisdemokratische Struktur unseres Verbands, während wir
immer weiter wachsen und unserem Anspruch an Professionalität gerecht
werden wollen? Wie müssen Räume zwischen den Ebenen ausgestaltet sein, die eine
Debatte in diesem Sinne ermöglichen?

28 **Bildung und Sensibilisierung:** Welche Fortbildungsangebote sind notwendig, um
29 Amtsträger*innen, Delegierte und Mitglieder im Umgang mit
Diskriminierung, Machtstrukturen und privilegierten Verhaltensmustern zu
sensibilisieren und weiterzubilden?